

TAGBLATT

Ausgabe für die Stadt St. Gallen, Gossau und Umgebung www.tagblatt.ch

Ein neues Leben

Kira Grünberg war Österreichs hoffnungsvollste Leichtathletin. Dann verunglückte sie schwer. 15

Leventina in der Not

Ambri-Piotta droht der Abstieg in die NLB. Mit dem Eishockeyclub ginge eine ganze Region unter. 3



St. Gallen

Der neue Vadianplatz ist endlich fertig 33

St. Gallen

Junge Leute helfen Flüchtlingen 35

Abtwil

Der Sonnenberg wird neu gebaut 39

Gossau

Neues Konzept für die Bischofszellerstrasse 41



Focus

Mutmacher für St. Gallen: Theaterprovisorien können erfolgreich sein. 25

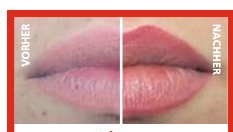
Salzkorn

Saxer & Riet in Sennwald wollen für knapp zehn Millionen Franken neu bauen. Im geplanten Unterhalts- und Handwerkszentrum (UHZ) werden eine Schlosserei, eine Malerei, eine Autowerkstatt, eine landwirtschaftliche Werkstatt und neu auch eine Schreinerei unter ein Dach gebracht.

Bei Saxer & Riet sollen dann durchschnittlich 120 Männer einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen. Handwerk hat goldenen Boden, heisst es. Doch Saxer & Riet ist weder ein Bauzulieferer noch in der Agrarwirtschaft tätig, und es ist auch keine private Generalunternehmung.

Saxer & Riet ist ein Staatsbetrieb, der Männer resozialisiert. Männer, die straffällig wurden und zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind. Rechtsschaffene Schreiner, Maler oder Automechaniker können sich nicht bewerben bei Saxer & Riet, wie die Strafanstalt Saxerriet im Volksmund genannt wird. Eine Anstellung auf dem direkten Bildungsweg ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es braucht zuerst eine krumme Tour. D. W.

ANZEIGE



Gehrer kritisiert Kürzung bei Pensionskasse

Sanierungsfall Der St. Galler Ex-Finanzchef befürwortet die 200-Millionen-Zahlung für die marode Pensionskasse. Von der angekündigten Protestaktion hält er nichts.

Silvan Lüchinger, Regula Weik

Die St. Galler Pensionskasse soll selber schauen, wie sie aus dem Schlamassel herauskommt. Diese Haltung vertritt die Finanzkommission des Kantonsparlaments. Sie lehnt eine erneute Staatshilfe zur Sanierung der Kasse ab. Die Befürworter, allen voran die Personalverbände, befehlen die Regierung auf ein altes Versprechen. Sie habe klar signalisiert, Kasse und Versicherte nicht hängen zu lassen, sollten erneut Probleme auftreten.

Der damalige Finanzchef Martin Gehrer stellt sich klar hinter die umstrittene 200-Millio-

nen-Zahlung. Er habe bei der Ausfinanzierung der Kasse im Parlament gesagt, der Kanton sei sich der Verantwortung als Arbeitgeber bewusst und notfalls müsse nachfinanziert werden. Dazu stehe er noch heute, sagt er im Interview mit unserer Zeitung. «Ein moralischer Anspruch besteht.»

Warnung vor zu hohem Zinssatz

Die Pensionskasse der St. Galler Staatsangestellten ist vor drei Jahren für 290 Millionen Franken ausfinanziert worden. Experten hatten gewarnt, der technische Zinssatz sei zu hoch angesetzt.

«Man sollte nicht wieder die Jungen für die Alten zahlen lassen.»

Martin Gehrer
Ehemaliger St. Galler Finanzchef

Eine «realistische» Ausfinanzierung wäre damals 200 Millionen Franken teurer zu stehen gekommen, sagt Gehrer. Davon wollte die bürgerliche Mehrheit im Parlament nichts wissen. «Das schien ihr zu viel.»

Seit der Absage der Finanzkommission rumort es bei den Personalverbänden gehörig. Das Staatspersonal fühlt sich hintergangen. Es will noch im April auf die Strasse gehen. Er halte wenig von «solchen orchestrierten Aktionen», sagt der ehemalige Finanzchef. Sie manifestierten eine Kluft zwischen Parlament und Personal und verhärteten die Fronten. 17

Für die syrischen Flüchtlinge fehlen Milliarden



St. Galler Regierung gegen Burkaverbot

Verhüllung Die St. Galler Regierung will die Burka im öffentlichen Raum nicht generell verbieten. Es bestehe kein öffentliches Interesse an einem solchen Verbot. Als Kompromiss schlägt die Regierung dem Kantonsrat ein eingeschränktes Gesichtsverhüllungsverbot im Kontakt mit Behörden und Amtsstellen vor. Es soll jeweils zur Anwendung kommen, wenn es für die Inanspruchnahme einer Dienstleistung oder für die Kommunikation nötig ist, das Gesicht des Gegenübers zu sehen. Die Regierung unterbreitet dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage mit Gesetzesänderungen. Mit einem weiteren neuen Artikel im Volksschulgesetz will die Regierung «der obligatorischen Schulpflicht Nachdruck verleihen». Dispensationen von einzelnen Fächern, zum Beispiel dem Schwimmunterricht, aus religiösen Gründen, sollen in Zukunft restriktiver gewährt werden. Den Anstoss dazu hatte der Kantonsrat mit vier Motionen gegeben. Die Vorlage wird voraussichtlich im kommenden September im Parlament beraten. (lri) 19

Bundesrat will E-Voting für alle

Digitalisierung Das Abstimmen und Wählen per Mausclick soll flächendeckend in der ganzen Schweiz ermöglicht werden. Das hat der Bundesrat gestern beschlossen. Bis 2019 sollen zwei Drittel der Kantone die elektronische Stimmabgabe einsetzen. Dazu stösst die Landesregierung eine Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte an. Er wird dazu bald eine Vernehmlassungsvorlage präsentieren. Kritiker warnen vor Manipulationen beim E-Voting. (mbu) 5

Der FC Wil wird weiter sanktioniert

Strafe Die Swiss Football League dürfte dem FC Wil weitere drei Punkte abziehen. Dies, weil die Januarlöhne nicht vollständig und fristgerecht bezahlt worden seien. Noch hat der FC Wil die Chance, Rekurs einzulegen. Der Club hatte seinerzeit mitgeteilt, die Januarlöhne bezahlt zu haben. Wegen fehlender Bestätigungen...